

*Rokoský, Jaroslav: Rudolf Beran a jeho doba. Vzestup a pád agrární strany [Rudolf Beran und seine Zeit. Aufstieg und Fall der Agrarpartei].*

Vyšehrad, Praha 2011, 912 S. ISBN 978-80-7429-067-1.

Rudolf Beran gehört zu den umstrittensten Politikern der Tschechoslowakei. Der führende Funktionär der Agrarpartei und Ministerpräsident der kurzlebigen so genannten Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik verbrachte einen großen Teil seines Lebens im Gefängnis, zuerst 1941-1943 unter deutscher, 1945-1948 unter „volksdemokratischer“ und schließlich bis zu seinem Tode im Jahre 1954 unter kommunistischer Herrschaft. „Es blieb ihm nur ein reines Gewissen und ein zweifelhafter

Ruf bei seinen Gegnern“, urteilt Rokoský schon in der Einleitung (S. 10). Da weder das Archiv der Partei noch ihres zentralen Organs „Venkov“ erhalten sind, war Rokoský darauf angewiesen, sich auf einige Nachlässe, die Presse sowie die Akten und die Aussagen von Zeugen des Nachkriegsprozesses gegen Beran und seine Mitangeklagten zu stützen sowie in zahlreichen Archiven nach weiteren Informationen über ihn zu suchen. Rokoskýs an der Prager Karlsuniversität 2004 verteidigte Dissertation wurde auf 900 Seiten gekürzt und aufgrund von nicht näher charakterisierten „Schwierigkeiten im tschechischen Verlagswesen“ (S. 9) erst 2011 vom „Institut für das Studium totalitärer Regime“ herausgebracht.

Rokoský beschreibt den Aufstieg Rudolf Berans, Sohn eines Kleinbauern und Gastwirts aus dem Weiler Pracejovice bei Strakonice, dessen Frau Marie 1914 allerdings eine bedeutende Mitgift in die Ehe brachte, mit der die Eheleute ein Gut kaufen konnten. Sein Weg führte ihn von der landwirtschaftlichen Berufsschule über den Jugendverband der Agrarpartei nach Prag, wo er zuerst bei der landwirtschaftlichen Genossenschaftszentrale und ab 1906 im Sekretariat der Partei selbst angestellt war. Die Zeit bis zum Ende der Habsburgermonarchie handelt Rokoský auf der Basis der Sekundärliteratur recht kurz ab, hier erfährt der Leser u. a., mit welchen Tricks sich Beran dem Einsatz an der Front entzog.

Nach dem Ersten Weltkrieg diente Beran der Partei als Generalsekretär. Er spielte eine zentrale Rolle beim Ausbau der Organisation der Partei und ihrer zahlreichen Verbände. Zu seinen Aufgaben gehörte auch die Unterbringung von Parteimitgliedern in öffentlichen Institutionen im Rahmen des für die erste Tschechoslowakische Republik typischen Klientelwesens. Beran vertrat seine Partei schon in der so genannten „Revolutionären Nationalversammlung“ und saß seit den Wahlen von 1920 ohne Unterbrechung im Prager Abgeordnetenhaus. Das Fehlen des Parteiarchivs führt Rokoský dazu, häufig geheime Berichte an die Kanzlei des Präsidenten der Republik zu zitieren, wenn er die innere Entwicklung und die Stimmung in der Agrarpartei analysiert. Deren Wahrheitsgehalt lässt sich schlecht überprüfen, etwa wenn ein Agrarier der „Burg“ mitteilt, dass Edvard Beneš innerhalb der Agrarpartei „verhasst“ sei, oder Beran gesagt haben soll, dass 80 Prozent seiner Partei gegen Beneš seien, aber der Vorstand Aktionen gegen den Außenminister bremsen werde (S. 133f.). Sicher ist jedenfalls, dass Josef Vraný, der Chefredakteur des „Venkov“, ein überzeugter Gegner Benešs war und diese Einstellung in der Zeitung mehrfach zum Ausdruck brachte.

Ein zentrales Thema der Biografie stellt die Haltung der Agrarpartei zur Wahl Benešs zum Präsidenten der Republik am 18. Dezember 1935 dar. Beran war einen Monat zuvor zum Vorsitzenden der Partei gewählt worden. Rokoský zufolge war er „kein starker Vorsitzender, bei parteiinternen Streitigkeiten suchte er den Kompromiss, aber zu einer klaren Entscheidung entschloss er sich nicht“ (S. 293). So habe er nicht für eine klare Linie der Parteipresse gesorgt, sei in der Frage der Präsidentenwahl anfangs unentschieden gewesen und habe dann den Gegnern Benešs in der eigenen Partei nachgegeben. Vraný argumentierte nämlich, dass der Staat einen Präsidenten brauche, der integrieren und ohne Ansehen der Person urteilen könne, Beneš hingegen schon in der Vergangenheit durch Intrigen Krisen und innenpolitische Konflikte ausgelöst habe. Als Ministerpräsident Milan Hodža die angebotene

Kandidatur ablehnte, einigten sich die „staatstragenden“ nichtsozialistischen Parteien mit Ausnahme der katholischen Volkspartei darauf, den Vorsitzenden des Tschechischen Nationalrats Professor Bohumil Němec zum Präsidentschaftskandidaten zu küren. Nachdem es jedoch Beneš gelungen war, Andrej Hlinka und damit dessen Slowakische Volkspartei mit der Zusage einer Dezentralisierung der Republik aus dieser Front herauszubrechen, gab auch die Agrarpartei den Widerstand gegen Beneš auf und entschloss sich zu dessen Wahl, zumal Beneš den Agrariern versprach, den Streit zu vergessen und alle Parteien gleich zu behandeln – eine Zusage, die er bekanntlich nicht eingehalten hat.

Auf dem Parteitag Ende Januar 1936 versicherte Beran dem Präsidenten seine Loyalität. Dennoch ließ er den erklärten Gegner der Burg Ferdinand Kahánek gewähren, der nach dem Tode Vranýs schließlich zum Chefredakteur des „Venkov“ aufstieg. Kahánek habe sich auf die Unterstützung Berans berufen, die er aber in Wahrheit nicht besessen habe, meint Rokoský, doch sei Beran zu weich gewesen, gegen Kahánek vorzugehen. Während Tomáš G. Masaryk und Antonín Švehla trotz politischer Gegensätze zusammengearbeitet hätten, „fanden Beneš und Beran nicht den Weg zueinander und bemühten sich vielleicht auch nicht allzu sehr darum“ (S. 232). Im Herbst 1936 setzte auch noch eine Auseinandersetzung über die Außenpolitik ein: Die Agrarpartei lehnte vor allem Benešs Politik gegenüber der Sowjetunion und die Unterstützung der spanischen Republikaner ab; auch auf die Fähigkeit des Völkerbunds, die kleinen Staaten zu schützen, wollte sie nicht bauen.

In der Politik wie in der Forschung umstritten ist Berans Verhältnis zum nationalsozialistischen Deutschland und zur Sudetendeutschen Partei (SdP). Rokoský betont mit überzeugenden Argumenten und Zitaten, dass Beran entgegen Vorwürfen aus den Reihen der Sozialisten, Kommunisten und später Benešs im Exil im März 1936 einen Eintritt der SdP in die Regierung ebenso ablehnte wie „überhaupt irgendeine Kollaboration mit ihr“ (S. 233, Anm. 404). Zwar gebe es in der SdP auch Menschen, deren Loyalität nicht bezweifelt werden könne, aber eben auch „viele Elemente, die bekämpft werden müssen“ (S. 234). In einem Interview vom November 1936 erklärte Beran, dass die ČSR als Staat keine Position zu den Regimen in Deutschland und der Sowjetunion beziehe. Vor der Existenz einer großen Partei wie der SdP könne man zwar nicht die Augen verschließen, doch fordere man von der Henlein-Partei „ein echtes Bekenntnis zum Staat und zur Demokratie, und zwar nicht mit Worten, sondern Fakten“. Wenn sie diese nicht leiste, müsse die SdP als Feind angesehen werden, denn kein „geordneter Staat würde in seinem Schoß eine ihm feindliche Organisation ertragen“ (S. 236 f.). Die geforderte nationale Autonomie werde es nicht geben, über sie werde nicht diskutiert. Diese Aussagen interpretierten die Nationalsozialisten in dem Prozess, den sie 1941 in Berlin gegen Beran führten, als Kampfansage, in der Nachkriegs-ČSR wurden sie indessen als Einladung an die SdP zum Regierungseintritt ausgelegt.

Großes Aufsehen erregte Berans Artikel zu Neujahr 1938. Im Parteiorgan „Venkov“ forderte er: „Wenn bei unserer demokratischen Wahlordnung mehr als einviertel Millionen der deutschen Wähler ihr Vertrauen der SdP gegeben haben – muss damit gerechnet und müssen die entsprechenden Schlüsse gezogen werden.“ Eine Verschleierung oder Verzerrung der Wirklichkeit könne nur schaden.

Die Deutschen müssen unseren Staat anerkennen – dürfen nicht über die Grenze schielen, müssen dort, wo sie in den Gemeinden oder verschiedenen Institutionen führen, dem tschechischen Element die Möglichkeit der Vertretung gewähren – ebenso wie wir den Deutschen geben müssen, was ihnen in der Verwaltung des Staates gebührt. Es ist nicht möglich, alle Deutschen, die sich zu einer bestimmten politischen Partei bekennen, für Hochverräter zu halten. (S. 255)

Die Zeitschrift „Přítomnost“ – und Rokoský stimmt ihr zu – deutete Berans Aussage als Versuch, die Linken in der Regierungskoalition mit der SdP zu erschrecken. Denn eine gemeinsame Basis sei angesichts der Autonomieforderungen der SdP ohnehin unmöglich gewesen.

Allerdings legen Berans damals geheimen Äußerungen kurz vor und nach dem Anschluss Österreichs gegenüber dem deutschen Botschafter Ernst Eisenlohr nahe, dass er in dieser für die Existenz der Tschechoslowakei hochgefährlichen Lage Kompromisse mit der SdP suchte und ihren Eintritt in die Regierung nicht ausschloss. Beran versprach die Entlassung verhafteter Henlein-Anhänger und baldige Wahlen, nach denen die „Aktivisten“, also die staatstragenden deutschen Parteien verschwinden oder an Bedeutung verlieren würden. Im Falle einer politischen Entspannung sagte Beran eine zeitweise überproportionale Aufnahme Sudetendeutscher in den öffentlichen Dienst und nationalbewusster Deutscher anstelle von Juden und Emigranten in den Lehrkörper der deutschen Hochschulen zu. Rokoský kommentiert diese Aussagen mit den Worten, dass der diplomatisch unerfahrene Beran sich ungeschickt verhalten, aber nicht Verrat geübt habe. Vor allem aber lagen Berans Angebote auf der Linie des Ministerpräsidenten Hodža, der ebenfalls im Gespräch mit dem deutschen Diplomaten die Bedingungen Deutschlands für eine langfristige Zusammenarbeit und einen Regierungseintritt der SdP zu erkunden versuchte. Bei einem Treffen der Parteiführer der Koalition mit Außenminister Kamil Krofta am 29. April 1938 setzte sich Beran dafür ein, auf das alte Angebot Polens zu einem Pakt zurückzukommen und sich um die Verbesserung der Beziehungen zu Italien zu bemühen. Intern äußerte er Zweifel an der Bereitschaft Frankreichs zu militärischem Beistand. Auch in Bezug auf die Kleine Entente „müssen wir uns immer die Wirklichkeit bewusst machen, wie sie ist“. Dennoch urteilt Rokoský erneut: „Außenpolitik war die Schwäche der Agrarier.“ (S. 301)

Nach dem Münchener Abkommen übernahm Beran die Führung der Regierung der Zweiten Republik, eines Fachkabinetts, das sich ermächtigen ließ, mit Verordnungen zu regieren. Trotz der Forderung nach nationaler Einheit trat der Premier für die Bildung einer Regierungs- und einer Oppositionspartei ein. Die neue Sammlungspartei „Partei der Nationalen Einheit“ rief zur Anpassung an die neuen Machtverhältnisse in Europa auf. Kultur und Wissenschaft sollten an die nationale Tradition anknüpfen, die Medien reguliert werden. Nationale Hilfe müsse den tschechischen Flüchtlingen aus den Grenzgebieten gewährt werden, die übrigen sollten sich jedoch in andere Staaten begeben. Auch die Mehrheit der demokratischen Linken erkannte die schwierige Situation an, in der sich die Regierung befand, und nahm diese in Schutz. Zwar ließ Beran die Führung der faschistischen Gruppe „Vlajka“ verhaften, doch hetzten einige Parteizeitungen gegen die Juden. In dieser Frage lavierte die Regierung so gut sie konnte, um einerseits auf den deutschen

Druck zu reagieren und andererseits die versprochene britische Anleihe nicht zu verspielen. Die Tätigkeit der kommunistischen Partei wurde eingestellt, doch kein Kommunist verhaftet. Wenn auch der äußere Druck dominierte, hat nach Rokoský auch die Regierung Beran dazu beigetragen, „Keime eines totalitären Regimes“ zu legen (S. 426).

Am 15. März 1939 erlebte Beran einen Nervenzusammenbruch, abends erklärte er im Ministerrat: Da nach dem Münchener Abkommen nicht gekämpft worden sei, sei jetzt Widerstand gegen die einmarschierende Wehrmacht Selbstmord. Staatspräsident Emil Hácha konnte den Rücktritt der Regierung nicht annehmen, den sie am 15. März beschlossen hatte. Beran begründete sein kurzzeitiges Ausharren auf seinem Posten mit der Gefahr einer Machtübernahme von Rechtsaußen. Daraus folgten aber andere unangenehme Aufgaben in der Anfangsphase des „Protektorats Böhmen und Mähren“: So versprach Beran dem Befehlshaber der deutschen Truppen Loyalität und nahm mitsamt der Regierung an der Truppenschau der Wehrmacht auf dem Wenzelsplatz teil. Auch gab seine Regierung schon am 21. März eine Verordnung heraus, mit der sie jüdisches Eigentum für tschechische Bewerber sichern wollte. Nachdem General Alois Eliáš den Vorsitz der Protektoratsregierung übernommen hatte, zog sich Beran auf seinen Landsitz zurück. Als Vorsitzender des Bauernverbandes spielte er aber im Hintergrund weiterhin eine wichtige Rolle. Eine Studie über den Anteil der Agrarpartei an der Widerstandsbewegung liegt bislang nicht vor, so ist Rokoský darauf angewiesen, Berans Verbindungen zu unterschiedlichen Widerstandsgruppen aufzuzählen. Sein Beitrag habe hauptsächlich darin bestanden, die Familien von Verhafteten finanziell zu unterstützen. Im Mai 1941 wurde Beran ebenso wie eine große Zahl sozialdemokratischer Funktionäre verhaftet. Nach eigener Aussage hatte er niemanden verraten und wurde deshalb auch nicht als Zeuge aufgerufen. Vor dem Volksgerichtshof (VGH) in Berlin verteidigte sich Beran geschickt, bis der Staatssekretär beim Reichsprotektor Karl Hermann Frank persönlich nach Berlin kam, ihm und der Agrarpartei ihre feindselige Einstellung zur SdP und die Unterstützung der Außenpolitik Beneš vorwarf, Beran als einen Politiker mit einem „Januskopf“ bezeichnete und seine Aussage mit den Worten beendete: „Beran und Eliáš – das ist das gleiche!“ (Eliáš war im Herbst 1941 zum Tode verurteilt worden.) Beran behauptete in seiner Verteidigungsrede vor dem VGH, dass er sich immer für ein gutes Verhältnis zu den Sudetendeutschen und zum Deutschen Reich eingesetzt und gegen Beneš Außenpolitik protestiert habe. Er wurde zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Nachdem Beran ins Gefängnis in Pankrác verlegt worden war, forderte Frank von ihm schriftliche Aussagen zu Beneš Person und Politik, die Beran so gut es ging, ausweichend und ohne andere zu belasten, beantwortete. Kein anderer Tscheche wurde, so Rokoský, aufgrund von Berans Aussagen verhört. Weihnachten 1943 wurde dieser in einen Hausarrest bei seinem Sohn entlassen und durfte Ende des Sommers 1944 auf seinen Landsitz in Pracejovice zurückkehren.

Im Exil und in der Nachkriegsrepublik sabotierte Beneš alle Versuche, die Agrarpartei zu erneuern. Auch die übrigen Parteien setzten sich nicht für die Wiederherstellung der Agrarpartei ein, da sie diese beerben wollten. Die Verfolgung der Angehörigen der Agrarpartei begann schon im Mai 1945: Ihre führenden Vertreter soll-

ten aus dem öffentlichen Leben eliminiert werden. Die Zeitungen der Kommunisten, aber auch der demokratischen Parteien entfesselten eine Hetz- und Lügenkampagne gegen die Agrarpartei, die keine Möglichkeit hatte, sich öffentlich zu wehren. Hubert Ripka, Benešs rechte Hand im Exil und nach dem Krieg Außenhandelsminister, erklärte am 19. Juni 1945: Die Politik der Agrarpartei ebenso wie ihrer „Ableger“ (!), die Nationale Vereinigung, die Gewerbestarke Partei und die Faschisten sei nicht nur gegen das Volk und die Gesellschaft, sondern im wahren Sinn gegen den Staat gewesen. Ihre ehemaligen Anhänger würden sicherlich anerkennen, dass es eine Verfehlung gegen die höchsten Rechte der Republik und der wirklichen Bedürfnisse der Demokratie wäre, diese Parteien zuzulassen (S. 621, Anm. 141).

Beran war schon am 14. Mai 1945 festgenommen und ebenso wie andere Prominente geschlagen, ungenügend ernährt und medizinisch versorgt worden. Er wurde monatelang verhört. Rokoský referiert die Vorwürfe und Zeugenaussagen umfassend – vor allem aber Aussagen zugunsten Berans. Erörtert wurden seine Rolle bei der Präsidentenwahl von 1935, sein Verhältnis zur SdP, sein Verhalten in der Zweiten Republik und im Protektorat sowie seine Einstellung zum tschechoslowakischen Exil unter der Führung von Beneš. Die Anklageschrift warf Beran vor, die Agrarpartei seit 1926 in einen Gegensatz zu den anderen Parteien geführt, mit der SdP zusammengearbeitet und ab 1935 ein faschistisches System angestrebt und so auf den Kulminationspunkt der „schändlichen Kapitulation vom 15. März 1939“ hingewirkt zu haben (S. 641).

Die Gerichtsverhandlung begann am 30. Januar 1947. Zusammen mit Beran wurden General Jan Syrový, der Ministerpräsident kurz vor und nach dem Münchener Abkommen, Jiří Havelka, Mitglied der Protektoratsregierung, und die ehemaligen Innenminister Otakar Fischer und Josef Černý angeklagt. Die Zeitungen der zugelassenen Parteien überboten sich gegenseitig mit Vorverurteilungen der Angeklagten und das kommunistisch geführte Innenministerium scheute vor keinem Druckmittel zurück. Davon zeugt z.B. die Tatsache, dass Vladimír Krychtálek, ehemaliger Redakteur des „Venkov“ und ein ausgesprochener Kollaborateur während der deutschen Besatzungsherrschaft, seine Aussagen gegen Beran mit der Begründung zurückzog, diese unter Folter gemacht zu haben. Er gab an, dass ihm der berüchtigte Stabskapitän Bedřich Pokorný, Mitarbeiter des Innenministeriums, in Gegenwart anderer gesagt habe: „Beran muss hängen, damit niemals mehr eine Agrarpartei gegründet werden kann, und Sie müssen uns dabei helfen“ (S. 671). General Eliášs Frau Jaroslava sagte zugunsten von Syrový und Havelka aus, und ergänzte, obwohl der Prokurator ihr das Wort zu entziehen versuchte: Hätte mein Mann überlebt, würde auch er hier auf der Anklagebank sitzen. Eine damalige ZuhörerIn erzählte Rokoský: „Das war eine Überraschung. Sie sagte, was sie nicht sollte.“ (S. 693) In seiner Verteidigungsrede argumentierte Beran, dass im März 1939 eine große Geste viele Opfer gekostet, aber nichts gebracht hätte: Zu diesem Zeitpunkt regierten die Politiker, die für „München“ verantwortlich waren, noch und die Sowjetunion war nicht auf Krieg vorbereitet. Wer „sollte das Volk in die Katastrophe schicken“, wenn sich die Sowjetunion für die Verzögerungstaktik entschied? (S. 706) Gegen die beiden Stimmen der Kommunisten erklärten die Geschworenen Beran als für in 27 von 30 Punkten unschuldig. Für die drei Punkte, in denen Beran als schuldig befunden

wurde – darunter seine Zustimmung zum Verkauf von Kriegsmaterial an Deutschland Ende 1938 und die Begrüßung von General Blaskowitz und des Reichsprotectors Konstantin von Neurath in Prag – wurde Beran gemeinsam mit Syrový am 21. April 1947 zu 20 Jahren Kerker verurteilt. Zugleich erkannte das Gericht mit 5:2 Stimmen an, dass er im Widerstand tätig gewesen war. Rokoský urteilt mit bitterer Ironie: „Beran wurde also sowohl als Widerstandskämpfer als auch als Verräter anerkannt“ (S. 741). Beran und Syrový seien Sündenböcke gewesen, auf die alle Schuld für das Ende der Ersten Republik und das unwürdige Lavieren der Zweiten Republik gewälzt werden konnte.

Die letzten etwa 100 Seiten widmet Rokoský dem Leben Berans in mehreren Strafanstalten, zuletzt in der westslowakischen Strafanstalt Leopoldov, wo ihn seine infolge der Enteignung völlig verarmte Frau Marie, die zwischenzeitlich auch verhaftet und zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden war, nur selten besuchen konnte. Rudolf Beran starb am 28. Februar 1954 mit 66 Jahren an einer Lungenentzündung. Rokoskýs Urteil lautet: „Rudolf Beran verlor, weil die tschechoslowakische Demokratie verlor. Selbst war er kein großer Politiker, geschweige denn ein Staatsmann. Aber die Zeit, die ihm zugemessen war, durchschritt er mit Ehre.“ (S. 859).

Die Ehrenrettung des zweiten Vorsitzenden der Agrarpartei, die Rokoský mit seinem beeindruckenden Werk versucht hat, ist ebenso gelungen wie die Anklage gegen seine deutschen, „volksdemokratischen“ und kommunistischen Verfolger berechtigt ist. Rokoský zeichnet den Weg eines Mannes und damit auch einer Partei, die von ihren Gegnern und einem großen Teil der Historiker zu Unrecht für das Scheitern der parlamentarischen Demokratie und Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik verantwortlich gemacht worden ist. Rokoskýs Belege für seine Schilderung und Thesen sind nicht nur außergewöhnlich zahlreich, sondern auch überzeugend. Zu befürchten ist allerdings, dass der gewaltige Umfang des Werks seine Rezeption einschränken wird.